ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Pies, Ingo

Working Paper

Joe Kaeser, Luisa Neubauer und die Moral der Klimapolitik: Ordonomische Reflexionen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik

Diskussionspapier, No. 2020-02

Provided in Cooperation with:
Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Pies, Ingo (2020) : Joe Kaeser, Luisa Neubauer und die Moral der Klimapolitik: Ordonomische Reflexionen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik, Diskussionspapier, No. 2020-02, ISBN 978-3-96670-033-7, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale),
https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-119643

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/215849

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

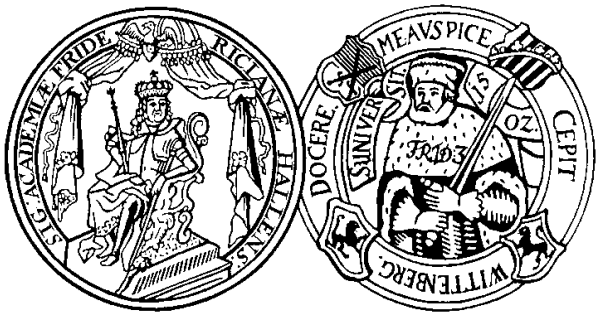
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



Ingo Pies

Joe Kaeser, Luisa Neubauer und die Moral der Klimapolitik – Ordonomische Reflexionen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik

Diskussionspapier Nr. 2020-02

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2020

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-96670-032-0 (gedruckte Form)
ISBN 978-3-96670-033-7 (elektronische Form)
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autoranschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Dieser Artikel reflektiert die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Joe Kaeser und Luisa Neubauer. Er nimmt die Perspektive des ordonomischen Forschungsprogramms ein und formuliert zehn Thesen zum Themenkomplex „Klimapolitik und Moral“.

Schlüsselbegriffe: Ordonomik, Wachstum, De-Growth, Klimapolitik, Dekarbonisierung, Emissionshandel, Flugscham

Abstract

This article reflects on the public controversy between Joe Kaeser and Luisa Neubauer. It takes the perspective of the ordonomic research program and formulates ten propositions regarding the topical field of “climate politics and morality.”

Keywords: ordonomics, growth, de-growth, climate politics, de-carbonisation, emission trading, flight shame

Joe Kaeser, Luisa Neubauer und die Moral der Klimapolitik – Ordonomische Reflexionen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik

Ingo Pies*

Der nachfolgende Text verarbeitet die Inspirationen, die ich aus einem Interview bezogen habe, das Hanno Griess mit mir am 29. Januar 2020 im MDR-Tonstudio in Halle geführt hat. Die Aufzeichnung dauerte mehr als 30 Minuten. Das gesendete Interview wurde – vereinbarungsgemäß – auf ca. 10 Minuten gekürzt und am 2. Februar 2020 ausgestrahlt. Die zugehörige Audiodatei ist im Internet verfügbar.[1]

Anlass des Interviews war folgender Sachverhalt: Luisa Neubauer, das deutsche Gesicht der von Greta Thunberg inspirierten Bewegung „Fridays for Future", forderte von Siemens, die Lieferung einer Signalanlage an eine australische Kohlemine zu unterlassen. Joe Kaeser, der Vorstandsvorsitzende von Siemens, versprach daraufhin, diesen Auftrag trotz bereits erfolgter Vertragsunterzeichnung nochmals zu überprüfen. Zudem bot er Luisa Neubauer einen Sitz im Aufsichtsrat der zuständigen Tochtergesellschaft „Siemens Energy" an. Luisa Neubauer lehnte dieses Angebot ab, noch bevor Siemens die finale Entscheidung traf, trotz öffentlicher Proteste die Signalanlage dennoch nach Australien zu liefern. Im Umfeld der Aktionärsversammlung am 5. Februar 2020 standen Joe Kaeser und Siemens deshalb stark in der Kritik.

Ich habe mir im Vorfeld sowie im Nachgang zum MDR-Interview einige Gedanken zu diesem Sachverhalt gemacht. Meine gegenwärtige Schlussfolgerung lautet, dass in dem Sachverhalt nicht weniger als mindestens *zehn* unterschiedliche Aspekte stecken, die man gesondert analysieren muss, wenn man nicht in Moralkonfusionen hängenbleiben will. Denn genau darin liegt ja die professionelle Herausforderung: als Wirtschaftsethiker nicht einfach auf ein Bauchgefühl zu vertrauen, sondern sich ein gut begründetes Urteil zu bilden, indem man mit einer wissenschaftlichen Methode an die Sache herangeht.

Jeder der folgenden zehn Abschnitte widmet sich einem gesonderten Aspekt. Ich verfolge damit zwei Ziele. Erstens soll der Text deutlich machen, wie meine moralische Beurteilung dieses komplexen Sachverhalts aussieht. Und zweitens soll nachvollziehbar werden, wie diese Urteile methodisch hergeleitet sind. Es geht also darum, nicht nur die Ergebnisse, sondern auch die Verfahrensweise möglichst transparent zu machen, mit der das in Halle entwickelte Forschungsprogramm der Ordonomik eine dem Anspruch nach gesellschaftlich relevante Wirtschafts- und Unternehmensethik betreibt.

I. Das Angebot eines Aufsichtsratsmandats

Joe Kaeser hat Luisa Neubauer im Vorfeld der endgültigen Siemens-Entscheidung das Angebot unterbreitet, einen Sitz im Aufsichtsrat von „Siemens Energy" zu besetzen. Luisa Neubauer hat dieses Angebot gleichsam postwendend abgelehnt. Sie hat nur wenige Tage benötigt, um sich *gegen* diesen Aufsichtsratsposten zu entscheiden. – Was ist aus unternehmensethischer Sicht dazu zu sagen?

* Für kritische Hinweise und wertvolle Diskussionen danke ich Markus Beckmann, Sebastian Everding, Karl Homann, Gero von Kietzell, Hans-Dieter Pies, Martina Pies und Felix Schultz.

[1] https://www.mdr.de/nachrichten/audio/audio-1299756.html (letzter Zugriff am 6.2.2020).

(1) Um diese Frage zu beantworten, versetze ich mich zunächst in die Situation von Luisa Neubauer. Sie hatte zu einem kritischen Zeitpunkt folgendes Entscheidungsproblem zu lösen: Siemens kann die Signalanlage liefern oder nicht liefern, und Luisa Neubauer kann dem Aufsichtsrat beitreten oder nicht beitreten. Allerdings muss sie sich entscheiden, bevor Siemens es tut. Das macht die Sache kompliziert. Insgesamt gibt es vier mögliche Strategie-Kombinationen, und die sind sorgfältig zu durchdenken. Ich gehe sie mal der Reihe nach durch:

- Szenario A: Siemens liefert nicht. Dann sind zwei Fälle zu unterscheiden. Luisa Neubauer kann das Mandat zuvor angenommen oder abgelehnt haben. (a) Hat sie es angenommen, rechnet man die Siemensentscheidung ihrem Mandat und ihr als privilegierter Person zu. Das entmutigt ihre Anhänger. Denn dann war es nicht der Protest aller, der den Erfolg herbeigeführt hat, sondern die herausgehobene Position einer einzelnen Führungsperson. (b) Hat sie abgelehnt, rechnet man die Siemens-Entscheidung ihrer Bewegung „Fridays for Future“ zu. Das ermutigt ihre Anhänger, die den Erfolg kollektiv sich selbst zuschreiben können. Letzteres ist Luisa Neubauer sicher lieber, weil sie Aktivistin ist und ihre Bewegung voranbringen will. Dies wäre für sie also der „best case“. Das heißt: In Szenario A wäre es für Luisa Neubauer in jedem Fall vorteilhaft, das Mandat abzulehnen.
- Szenario B: Siemens liefert trotz aller Proteste. Hier sind wieder zwei Fälle zu unterscheiden. Luisa Neubauer kann das Mandat angenommen oder abgelehnt haben. (a) Hat sie es angenommen, ist sie auf Dauer in ihrer Reputation beschädigt, weil man ihr vorwerfen kann, sie habe sich korrumpieren lassen. Das wäre für sie der „worst case“. Den gilt es unbedingt zu vermeiden, wenn sie nicht als Versagerin oder gar als Verräterin dastehen will. (b) Hat sie das Mandat nicht angenommen, behält sie ihre volle Handlungsfreiheit und kann Siemens weiter kritisieren, so dass die ganze Episode für sie und ihre Bewegung in ein munteres Weiter so mündet. Das heißt: Auch in Szenario B wäre es für Luisa Neubauer in jedem Fall vorteilhaft, das Mandat abzulehnen.

Wie man es auch dreht und wendet: Luisa Neubauer war gut beraten, das Angebot *in jedem Fall* abzulehnen, ganz unabhängig davon, wie die Entscheidung von Siemens ausfällt. In der Wissenschaft bezeichnet man das als eine „dominante Strategie“ (siehe Anhang 1). Luisa Neubauer hat sich also vollkommen rational verhalten.

Leider kann man das von Joe Kaeser nicht behaupten. Insofern komme ich hier zu einem eindeutig negativen Urteil: Joe Kaeser hat Luisa Neubauer in aller Öffentlichkeit ein Angebot gemacht, das diese in ihrem eigenen Interesse niemals annehmen durfte. Objektiv betrachtet hat er ihr gewissermaßen eine Falle gestellt. Ob er das bewusst oder unbewusst getan hat, kann ich hier offenlassen. Denn weder das eine noch das andere endet für ihn sonderlich schmeichelhaft. (a) Wenn er in gutem Glauben gehandelt hat, war er naiv und hat sein Angebot nicht sorgsam durchdacht. Und alternativ: (b) Hat er sein Angebot sorgsam durchdacht, dann hat er nicht in gutem Glauben gehandelt und die Desavouierung seines Gegenübers mindestens in Kauf genommen.

Mein Fazit: Es ist weder klug noch moralisch, ein Angebot zu unterbreiten, das das Gegenüber in jedem Fall – als „dominante Strategie“ – ablehnen muss. Bei nüchterner Betrachtung ist Joe Kaeser hier ein kapitaler Fehler unterlaufen, der völlig zu Recht zu einem Kommunikationsdesaster geführt hat, und zwar sowohl für ihn als Person als auch für das Unternehmen, dem er vorsteht.

II. Durfte Siemens die Signalanlage liefern?

Diese Frage ist für mich als Wissenschaftler nicht ganz so leicht zu beantworten, weil ich nicht alle Informationen habe, die Siemens bei der Entscheidung berücksichtigt hat. Aber so viel scheint aus heutiger Sicht klar zu sein. Das Auftragsvolumen betrug 18 Millionen. Joe Kaeser hat nachträglich gesagt, er hätte den Auftrag lieber abgelehnt, selbst wenn das Auftragsvolumen 180 Millionen betragen hätte. Aber Siemens hatte offenbar einen Knebelvertrag unterschrieben, der zu extrem hohen Strafzahlungen hätte führen können, wenn durch Lieferverweigerung das ganze Projekt der australischen Kohlenmine verzögert worden wäre.

Dies vorausgesetzt, war die Entscheidung zumindest nachvollziehbar. Aber für die Zukunft muss sich das Unternehmen natürlich fragen: Wie verhindert der Vorstand, dass irgendwelche Teilgesellschaften Knebelverträge unterzeichnen, die dann den ganzen Konzern in Verruf bringen können? Wie richtet man sich organisatorisch so aus, dass man strategiefähig wird? Wie sichert man die moralische Integrität des Konzerns?

Hier gibt es in dem Firmenkonglomerat des Siemens-Konzerns offenbar noch allerhand zu tun.

Als Wirtschaftsethiker ziehe ich vor diesem Hintergrund folgendes Zwischenfazit zum Moraldiskurs in Deutschland:

- Joe Kaeser hat von mancher Seite öffentliches Lob erfahren, weil er Luisa Neubauer ein Aufsichtsratsmandat angeboten hat. Dies wurde von den Lobenden als ein Signal der Offenheit, der Gesprächsbereitschaft, der ökologischen Sensibilität usw. (fehl-)interpretiert. In Wirklichkeit ist Joe Kaeser für dieses vergiftete Angebot zu tadeln, weil er mit diesem Angebot mindestens in Kauf genommen hat, den guten Ruf und die berufliche Karriere der Umweltaktivistin Luisa Neubauer schwer zu beschädigen. So geht man mit jungen Leuten nicht um.
- Joe Kaeser wurde in der Öffentlichkeit – namentlich von Luisa Neubauer und der Bewegung „Fridays for Future“ – massiv dafür kritisiert, dass er sich letzten Endes trotz der Proteste entschieden hat, vertragstreu zu handeln und die Signalanlage wie versprochen zu liefern. Dabei ist diese Entscheidung zumindest nachvollziehbar, wenn man die hier in Frage stehenden Haftungsrisiken für das Unternehmen angemessen berücksichtigt.
- Joe Kaeser wurde in der Öffentlichkeit bislang kaum dafür kritisiert, dass es bei Siemens offenbar möglich ist, dass Tochtergesellschaften Verträge abschließen, die die ökologische Ausrichtung des Gesamtkonzerns kompromittieren. Hier hat er als Führungskraft versagt. Die aus unternehmensethischer Sicht eigentlich prioritär zu stellende Frage lautet: Warum wurde es bislang versäumt – und vor allem: wie will man künftig sicherstellen –, dafür Sorge zu tragen, dass die Integrität von Siemens gewahrt bleibt und strategische Vorgaben des Vorstands auch tatsächlich im Alltagshandeln umgesetzt werden?

Aus meiner Sicht ist es also so, dass Joe Kaeser vorwiegend für etwas kritisiert wird, was er richtig gemacht hat, während er für zwei Dinge, die er tatsächlich grundlegend falsch gemacht hat, nahezu gar nicht kritisiert wird. Das lässt mich auf *Moralkonfusion* schließen: In der öffentlichen Auseinandersetzung neigen wir dazu, die *falschen* Fragen zu stellen – und das heißt eben auch: die richtigen Fragen *nicht* zu stellen. Unsere Moraldiskurse stellen nicht nur nicht die richtigen Weichen für gesellschaftlichen Lernfortschritt durch den gezielten Abbau von Fehlanreizen mittels geeigneter institutioneller Reformen, sie

tendieren sogar dazu, die Gleise zu blockieren. Für mich ist das ein Beispiel für *Diskursversagen*.

III. Sollen deutsche NGOs mit Hilfe deutscher Unternehmen über die australische Energiepolitik mitentscheiden dürfen?

Manchmal hilft es, sich ein klareres Bild zu verschaffen, wenn man Analogieschlüsse zur Hilfe nimmt.

Ich darf daran erinnern, zu welchem Aufregungspegel wir uns in Deutschland aufschwingen, wenn die amerikanische Regierung Druck auf uns ausübt, Nordstream 2 nicht zu Ende zu führen. Und ich darf darauf hinweisen, welch immense Europafeindlichkeit ausgelöst bzw. verstärkt wird, wenn Österreich und ausgerechnet das nicht gerade bevölkerungsreiche Luxemburg gerichtlich verhindern wollen, dass das Vereinigte Königreich einen neuen Nuklearreaktor wie geplant bauen und finanzieren kann. Solche energiepolitischen Interventionen werden üblicherweise als Eingriff in nationale Souveränitätsrechte wahrgenommen – und von den Betroffenen radikal abgelehnt. Das zugrunde liegende Argument lautet, dass man nicht ausländischen Regierungen, sondern der inländischen Regierung die Kompetenz zuweisen möchte, über so zentrale Fragen der nationalen Energiepolitik zu befinden, weil allein die inländische Regierung in bewährten Verfahren parlamentarischer Demokratie ihrer Bevölkerung gegenüber in Verantwortung steht.

Diese Überlegungen gelten schon für gewählte Regierungen. Sie gelten aber mit besonderem Nachdruck für Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs).

Was heißt das konkret?

Natürlich ist es legitim, wenn internationale NGOs die australische Regierung auffordern, um des globalen Klimaschutzes willen eine andere nationale Energiepolitik zu verfolgen. Legitim ist es auch, sich an die australische Bevölkerung zu wenden, damit diese von ihrer Regierung eine andere Energiepolitik einfordern möge. Hingegen wäre es schon sehr problematisch, sich an die deutsche Regierung zu wenden, damit diese verhindere, dass die Australier die von ihnen gewollte Energiepolitik in die Tat umsetzen können. Damit verglichen ist es m.E. noch weitaus problematischer, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen bzw. Bewegungen von in Deutschland ansässigen Unternehmen zu verlangen, sie sollten vertragsbrüchig werden, um die gewählte Regierung in Australien daran zu hindern, die von ihr angestrebte Energiepolitik zu verwirklichen.

Hier wird Moral in Stellung gebracht, um Recht und Gesetz außer Kraft zu setzen. Aus meiner Sicht ist eine solche Positionierung extrem unglücklich gewählt. Denn es liegt doch auf der Hand, dass nicht nur der Klimaschutz, sondern auch die Integrität der australischen Demokratie eine moralische Rücksichtnahme verdient.

Ich möchte es nochmals mit einer Analogie deutlich machen: Man stelle sich vor, was in Deutschland los wäre, wenn das Ausland versuchen wollte, uns mit allen Mitteln davon abzubringen, aus der Kernenergie auszusteigen – und zwar mit dem nicht leicht von der Hand zu weisenden *klimapolitischen* Argument, dass ein solcher Ausstieg zur Folge habe, die deutschen CO_2-Emissionen langsamer als möglich sinken zu lassen. Solch grundlegende Entscheidungen zur Umwelt-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind nicht – per Oktroi – vom Ausland, sondern von der gewählten inländischen Regierung zu treffen und zu verantworten, und zwar auch und gerade dann, wenn man die im Inland getroffene

Entscheidung im Ausland für falsch hält. Alles andere führt in absehbarer Weise zu unlösbaren internationalen Konflikten. Und die sind einem globalen Regime für eine wirksame Klimapolitik nicht zuträglich, sondern abträglich. Insofern muss man hier aufpassen, dass man dem moralischen Anliegen nicht mit leichtfertig erhobenen Forderungen einen Bärendienst erweist.

IV. Müssten Unternehmen wie Siemens in Zukunft von vornherein darauf verzichten, solche Aufträge anzunehmen?

Einen rechtsgültigen Vertrag nachträglich zu brechen ist das eine. Einen Vertrag von vornherein gar nicht erst abzuschließen, ist etwas ganz anderes. Hier lautet die Frage: Dürfen sich Unternehmen noch weiterhin daran beteiligen, fossile Brennstoffe zu gewinnen?

Die Antwort auf diese Frage möchte ich in zwei Schritten entwickeln. Im ersten Schritt gehe ich den Implikationen einer verneinenden Antwort nach. Und im zweiten Schritt erläutere ich, warum ich die zugrunde liegende Fragestellung für absolut irreführend halte.

(1) Erster Schritt: Wenn man auf Lieferstopps bestehen will, dann lautet die unangenehme Folgefrage: Wo fängt das an, und wo hört das auf?

Wenn man zukünftig keine Signalanlagen für Kohlezüge mehr liefern darf, darf man dann auch keine Sicherheitstechnologie mehr liefern, also zum Beispiel Schutzanzüge für die Minenarbeiter? Dürfen wir in Deutschland noch Ingenieure ausbilden, die sich dann später vielleicht international bei der Kohle(förderungs)industrie verdingen? Dürfen wir noch Medizintechnik liefern, wenn die (auch) dazu eingesetzt wird, verletzte Minenarbeiter ärztlich zu versorgen?

Die internationalen Erfahrungen mit Embargos (und analog: mit Boykotten) zeigen durchgängig, dass man mit schwer wiegenden Implementierungsschwierigkeiten zu rechnen hat. Das liegt daran, dass die gezielte – politisch gewollte – Verknappung der zu liefernden Güter ihren Preis ansteigen lässt, so dass der Anreiz steigt, das verordnete Embargo illegal zu umgehen. Deshalb sind Embargos inhärent instabil. Sie lassen sich nicht durch moralische Appelle, sondern allenfalls durch drakonische Strafen (in Kombination mit hohen Entdeckungs- und Bestrafungswahrscheinlichkeiten) stabilisieren. Bei so spezifischen Gütern wie Waffen ist dies schon schwierig genug. Bei allgemein breit einsetzbaren Gütern ist diese Strategie von vornherein hoffnungslos.

(2) Zweiter Schritt: Als Wirtschaftsethiker ist für mich auch an dieser Stelle wiederum augenfällig, dass wir in der deutschen Öffentlichkeit ganz offenbar dazu tendieren, die falschen Fragen zu stellen – und damit die richtigen Fragen auszublenden. Um es konkret zu machen: Wir lösen das Klimaproblem doch nicht, indem wir unsere Hoffnung darauf setzen, dass namhafte – im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit stehende – Unternehmen freiwillig auf lukrative Geschäfte verzichten, sondern indem wir als Gesellschaft dafür sorgen, dass möglichst viele Unternehmen mit Beiträgen zum Klimaschutz lukrative Geschäfte machen können.

In der Öffentlichkeit ist das Bewusstsein unterentwickelt, dass wir die Marktwirtschaft als Instrument einsetzen können, um moralische Anliegen zu verwirklichen. Wenn man im globalen Maßstab einen wirklich wirksamen Klimaschutz will, dann darf man die Marktwirtschaft dafür nicht außer Kraft setzen, sondern muss sie besser in Kraft setzen.

Folglich haben wir es bei der Klimapolitik mit einer primär ordnungspolitischen Aufgabenstellung zu tun.

Politik erweist sich in genau dem Maße als die Kunst des Möglichen – genauer: als die Kunst der Ermöglichung –, wie es ihr gelingt, aus dem öffentlichen Gut „Klimaschutz" ein privates Gut zu machen. Als öffentliches Gut lädt Klimaschutz zum Trittbrettfahren ein. Hier scheuen sich die Unternehmen, weil sie keine Kunden finden, die bereit wären, für die (freiwillig in Kauf genommenen) höheren Kosten des Klimaschutzes einen höheren Preis zu zahlen. Aber wenn wir aus dem Klimaschutz ein privates Gut machen, indem wir – mittels CO_2-Zertifikaten oder CO_2-Abgaben – Treibhausgasemissionen mit einem Preisschild ausstatten, dann stellen wir die Marktlogik in den Dienst eines wirksamen Klimaschutzes: Wenn CO_2 teurer wird, gehen Unternehmen sparsamer damit um. Allgemein: Sobald Preise die ökologische Wahrheit sagen, lösen sich die Gegensätze zwischen Ökonomie und Ökologie auf.

Der ordnungspolitische Grundgedanke, auf den es hier ankommt, lässt sich wie folgt zum Ausdruck bringen: Das moralische Ansinnen wird fehlgeleitet, wenn man die Unternehmen appellativ dazu auffordert, sich innerhalb eines gegebenen Spiels anders zu verhalten. Es entfaltet seine Stoßkraft erst dann, wenn es auf einer anderen Ebene ansetzt und Druck auf die Politik ausübt, die Spielregeln für die Wirtschaft so zu gestalten und mithin das alte Spiel so zu transformieren, dass sich die Unternehmen im neuen Spiel mit Anreizen konfrontiert sehen, schon aus purem Eigeninteresse heraus andere Spielzüge zu wählen. Ordnungspolitik sorgt für Rahmenbedingungen, die das moralisch erwünschte Verhalten anreizkompatibel ermöglichen.

V. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis

Dass die deutsche Debatte unter ökonomischem Analphabetismus leidet –unter einem Mangel an Verständnis für marktwirtschaftliche Zusammenhänge, ohne welches man sich die Funktionsweise der moderne Welt nicht mehr zusammenbuchstabieren kann –, zeigt sich auch bei einem anderen Aspekt: Bei uns an der Uni Halle lernen die Studierenden schon im ersten Semester, dass man bei Marktanalysen auf Nachfrage *und* Angebot achten muss, weil das Zusammenspiel von beidem den Preis bestimmt. Die deutsche Klimapolitik hat aber bislang nur die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen im Blick. Das Angebot wird ausgeblendet.[2]

Dabei haben Naturwissenschaftler längst ausgerechnet, dass wir weltweit rund ein Drittel der heute bekannten Ölvorkommen, rund die Hälfte der heute bekannten Gasvorkommen und rund 80% der heute bekannten Kohlevorkommen ungenutzt im Boden lassen müssen, wenn wir bis zum Ende des Jahrhunderts unter 2° Erderwärmung bleiben wollen.[3] Für 1,5° wären diese Zahlen sogar noch größer. Die dringlichste Frage lautet nun: Wie soll das gehen?

---

[2] Vgl. Hierzu bereits Hans-Werner Sinn (2008): Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik, Berlin: Econ. Vgl. ferner Hans-Werner Sinn (2015): The Green Paradox: A Supply-Side View of the Climate Problem, in: Review of Environmental Economics and Policy 9(2), S. 239–245, doi:10.1093/reep/rev011 (letzter Zugriff am 6.2.2020). Vgl. auch aktuell https://www.youtube.com/watch?v=DKc7vwt-5Ho (letzter Zugriff am 6.2.2020).

[3] Vgl. Christophe McGlade und Paul Ekin (2015): The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2 °C, in: Nature, Vol. 517, S. 187-190, doi:10.1038/nature1401 (letzter Zugriff am 6.2.2020). Dort heißt es auf S. 187: „Our results suggest that, globally, a third of oil reserves, half of

Diese Frage wird fast nirgendwo gestellt. Aber wir müssen genau hierauf eine Antwort finden. Sonst ist in Sachen Klimapolitik jede Liebesmüh vergebens, solange wir nicht ein global *lückenloses* Nachfragemanagement – etwa in Form eines weltweiten Zertifikatehandels – etabliert haben. Lassen Sie mich kurz skizzieren, dass es – jenseits eines reinen Wunschdenkens – genau drei denkmögliche Optionen für eine klimarelevante Angebotspolitik gibt, von denen aber nur eine einzige realistisch umsetzbar ist.

- Die erste Option besteht darin, dass wir Soldaten mit einem Mandat der Vereinten Nationen ausstatten und nach Australien schicken, aber auch in den arabischen Raum, nach Russland und Afrika, von Süd- und Nordamerika sowie Europa ganz zu schweigen, um alle fossilen Brennstoffe zu beschlagnahmen, also entschädigungslos zu enteignen. Das ist in vielerlei Hinsicht so utopisch, dass dies zu versuchen niemand ernsthaft wollen kann.
- Die zweite Option besteht darin, dass wir die gegenwärtigen Ressourcen-Eigentümer – von Norwegen über Russland bis in die USA – mit einem globalen Fonds zu Marktpreisen entschädigen und dann mit Hilfe von UN-Soldaten sicherstellen, dass die fossilen Brennstoffe auch tatsächlich ungenutzt im Boden bleiben. Das freilich wäre so unermesslich teuer, dass das wieder niemand ernsthaft wollen kann, zumal ja eine erfolgreiche Verknappung die Preise (und folglich die Entschädigungszahlungen) weiter ansteigen lassen würde.
- Und jetzt kommt die dritte Option. Es ist die einzige, die realistisch ist und die ich als Ethiker aufgrund ihrer überlegenen Legitimität empfehlen würde. Sie besteht darin, die fossilen Brennstoffe ökonomisch zu entwerten, so dass ihre gegenwärtigen Eigentümer gar nicht erst auf den Gedanken kommen, sie aus dem Boden zu holen. Wir brauchen Substitute, die konkurrenzlos billig sind.

Diese dritte Option setzt voraus, dass wir alternative Energieformen entwickeln, die deutlich weniger kosten. Und das wiederum erfordert massive Investitionen in *Innovation*. Hierfür benötigen wir staatliche Rahmenbedingungen, von der Grundlagenforschung bis hin zur Anwendungsforschung. Aber eins sollte allen klar sein: Die klimapolitisch erforderliche Innovationsleistung lässt sich nicht *ohne* Unternehmen – und schon gar nicht *gegen* sie –, sondern nur (im Wege kluger Ordnungspolitik) *mit* ihnen und *durch* sie ins Werk setzen.

Damit dies gelingt, muss der Staat sich auf eine technologieneutrale, ergebnisoffene Förderung der Innovationsforschung einlassen, die ohne ideologische Scheuklappen und vordergründige Tabus auskommt und insbesondere nicht der Anmaßung verfällt, Politiker und Bürokraten könnten im Vorhinein bestimmen, was sich als Erfolg erweisen wird, anstatt es durch Wettbewerbsprozesse allererst herausfinden zu lassen.

Vor diesem Hintergrund ist die gesamte Debatte um Siemens und die Lieferung oder Nichtlieferung einer Signalanlage eine intellektuelle Ablenkung vom eigentlichen Thema. Wir stellen dauernd die falschen Fragen – und das heißt eben, dass die richtigen Fragen gar nicht erst in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangen. Die richtigen Fragen lauten: (a) Welche ordnungspolitischen Weichenstellungen werden benötigt, um (b) Unternehmen auf breiter Front zu veranlassen, (c) in jene Innovationen zu investieren, von denen es abhängen wird, ob es gelingt, (d) die Energieproduktion (und damit

gas reserves and over 80 per cent of current coal reserves should remain unused from 2010 to 2050 in order to meet the target of 2° C.“

die Wohlstandsproduktion) im globalen Maßstab von fossilen Brennstoffen zu entkoppeln und zudem (e) in den Bereich negativer Emissionen vorzustoßen?

VI. CO_2-Zertifikate: Ablasshandel für Umweltsünden?

Dass es um die ökonomische Informiertheit in Deutschland nicht zum Besten steht, erkennt man auch daran, dass es in der Öffentlichkeit immer noch weit verbreitete Vorbehalte gibt, die einen Nährboden für Versuche bieten, den Zertifikatehandel mit Emissionsrechten als Ablasshandel für Umweltsünden zu diskreditieren.

Die zugrunde liegende Argumentation lautet in etwa so: Wer ein Zertifikat verkauft, handelt im umweltmoralischen Sinn gut, weil er *weniger* Treibhausgase emittieren will. Wer hingegen ein Zertifikat kauft, handelt im umweltmoralischen Sinn schlecht, weil er offenbar *mehr* Treibhausgase emittieren will. Im Hinblick auf Treibhausgasemissionen ist der Zertifikatehandel also offenbar ein Nullsummenspiel, von dem gar keine Klimaschutzwirkung ausgeht.

Wer so argumentiert, hat das System des Zertifikatehandels nicht richtig verstanden. Dieses System besteht nämlich aus zwei Stufen. In der ersten Stufe legt die Politik eine Obergrenze für die CO_2-Emissionen fest. Hier wird definiert, wie ambitioniert die Klimaschutzwirkung sein soll. In der zweiten Stufe wird dann durch Handel festgelegt, wie die Gesamtmenge der zulässigen Emissionen wirtschaftlich auf die einzelnen Emittenten aufgeteilt wird. Hier wird dafür Sorge getragen, dass diejenigen Akteure Emissionen vermeiden, die dies am kostengünstigsten können.

Die erste und zweite Stufe hängen dynamisch zusammen: Je besser die zweite Stufe die Funktion erfüllt, die Gesamtkosten des Klimaschutzes zu verringern, desto besser kann die erste Stufe die umweltpolitische Funktion erfüllen, ambitionierte Reduktionsziele zu setzen. Die Logik lautet: Je billiger der Klimaschutz gemacht wird (Stufe 2), desto mehr kann man sich davon leisten (Stufe 1). Deshalb ist der Zertifikatehandel ein Instrument, das wir in Zukunft konsequenter als bisher einsetzen sollten.

Aber ich möchte nochmals betonen: So wünschenswert es auch ist, Treibhausgase zu *bepreisen*, und zwar *sektorübergreifend* sowie insbesondere *global* zu bepreisen – sei es durch einen Zertifikatehandel, sei es durch CO_2-Abgaben – so unverzichtbar ist es dennoch, *zusätzliche Anreize für Innovationen* zu setzen, damit die erforderlichen Anstrengungen möglichst schnell unternommen werden und möglichst stark ausfallen.

VII. Wachstum – Problemursache oder Problemlösung?

Ein wichtiges Hindernis auf dem Weg, in der demokratischen Öffentlichkeit auf breiter Front intellektuelle Klarheit über das zu lösende Innovationsproblem zu gewinnen, ist rein terminologischer Natur und verbindet sich mit dem Wachstums*begriff*.

Manche sehen im Wachstum die eigentliche Ursache für unsere ökologischen Probleme. Sie halten es für ausgemacht, dass man auf einem endlichen Planeten nicht unendlich wachsen kann und rufen deshalb nach „Postwachstum“ oder „Degrowth“.[4] Hierbei wird ein Begriff *extensiven* Wachstums vorausgesetzt, demzufolge mehr Output durch mehr Input erzeugt wird, so dass man angesichts beschränkter Ressourcen unweigerlich

[4] https://www.degrowth.info/de/ (letzter Zugriff am 6.2.2020).

auf Grenzen des Wachstums stoßen muss. Diese Einstellung kommt sehr markant in folgendem Zitat zum Ausdruck: „Anyone who believes that exponential growth can go on forever in a finite world is either a madman or an economist.“[5]

Ökonomen hingegen sehen im Wachstum in der Tat eher eine Problem*lösung*. Das aber liegt nicht daran, dass sie verrückt sind, sondern vielmehr daran, dass sie einen anderen Begriff von Wachstum zugrunde legen. Ökonomen haben *intensives* Wachstum im Blick, also die Möglichkeit, bedingt durch technischen Fortschritt, rein wissensbasiert, mit einem gegebenen Input mehr Output zu erzeugen.

Die mangelhafte Zurkenntnisnahme dieser Unterscheidung sorgt für zahlreiche Missverständnisse im öffentlichen Diskurs. Deshalb lohnt es sich, zur Vermeidung dieser Missverständnisse den Versuch zu unternehmen, die Begriffe auseinanderzuhalten.

- Extensives Wachstum bedeutet, auf einer gegebenen Produktionsfunktion entlangzuwandern. Intensives Wachstum bedeutet, die Produktionsfunktion zu verschieben (siehe Anhang 2).
- Extensives Wachstum vergrößert den ökologischen Fußabdruck. Intensives Wachstum hat das Potential, ihn zu verringern.
- Extensives Wachstum erhöht den Ressourcenverbrauch. Intensives Wachstum hat das Potential, Wohlstandsproduktion und Ressourcenverbrauch nicht nur relativ, sondern sogar absolut zu entkoppeln.[6]

Zwei weitere Hinweise können helfen, sich die Bedeutung dieser Unterscheidung für klimapolitische Diskurse besser vor Augen zu führen.

Erstens setzen die Anhänger von Postwachstum und Degrowth alle Hoffnung ganz explizit darauf, sich auf (welt-)gesellschaftlicher Ebene dauerhaft mit weniger Produktion und Konsum zu begnügen. Es ist nicht recht ersichtlich, wie dies in parlamentarischen Demokratien umsetzbar sein könnte. Insofern wird verständlich, warum einige Aktivisten mit ihrem Begriff – und ihren Forderungen nach einem Verbot – extensiven Wachstums in der intellektuellen und politischen Sackgasse einer grundlegenden Demokratieskepsis landen.[7] Im Klartext: Nur die ordnungspolitische Freisetzung intensiven Wachstums durch wissensgetriebene Innovation sorgt für eine Vereinbarkeit von Klimaschutz und Demokratie.

Zweitens haben Vertreter der These, das globale Klimaproblem sei durch Verzicht und Maßhalten in den Griff zu bekommen, die Ernsthaftigkeit der Herausforderung noch

---

[5] Dieses Argument wird seit langem dem US-Ökonomen Kenneth E. Boulding zugeschrieben, allerdings ohne exakte Quellenangabe. Vgl. z.B. John S. Steinhart (1973): Statement, in: U.S. Congress (Hrsg.): Energy Reorganization Act of 1973: Hearings, Ninety-third Congress, First Session, on H.R. 11510, Washington: U.S. Government Printing Office, S. 248.

[6] Vgl. Gale L. Pooley und Marian L. Tupy (2018): The Simon Abundance Index. A New Way to Measure Availability of Resources, Cato Institute Policy Analysis Nr. 857, https://www.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/pa-857-update.pdf (letzter Zugriff am 6.2.2020).

[7] Vgl. hierzu das SPIEGEL-Interview mit Roger Hallam, einem führenden Mitglied von „Extinction Rebellion“, das am 13.9.2019 unter der programmatischen Überschrift „Wenn eine Gesellschaft so unmoralisch handelt, wird Demokratie irrelevant“ veröffentlicht wurde. Vgl. https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/extinction-rebellion-gruender-roger-hallam-wenn-eine-gesellschaft-so-unmoralisch-handelt-wird-demokratie-irrelevant-a-1286561.html (letzter Zugriff am 6.2.2020). – Ein solches Denken hat eine lange Vorgeschichte. Bereits der Philosoph Hans Jonas wusste sich nicht anders zu helfen, als seine Hoffnung ganz offen auf eine „wohlwollende, wohlinformierte und von der richtigen Einsicht beseelte Tyrannis“ zu setzen, weil er sich wirksamen Umweltschutz in einer Demokratie nicht recht vorstellen konnte. Vgl. Hans Jonas (1979): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 262.

nicht richtig verstanden. Wenn die Erwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts unter 2° Celsius bleiben soll, sind spätestens ab 2050 Negativemissionen erforderlich. Wir müssen ab dann also im globalen Durchschnitt der Atmosphäre mehr CO_2 entziehen, als wir ihr hinzufügen, so dass der Saldo insgesamt negativ wird. Mit Einsparungen ist das nicht zu bewerkstelligen. Der einzige Weg zum Ziel führt über intensives Wachstum.

VIII. Die Öffentlichkeit denkt (und moralisiert) im falschen Modell

Mit Hilfe des ordonomischen Forschungsprogramms unterscheide ich als Wirtschaftsethiker strikt zwischen zwei Situationstypen. Im ersten Typ macht das gute Beispiel Schule, im zweiten das schlechte Beispiel. Im ersten Typ werden moralische Vorleistungen belohnt, im zweiten bestraft.

Die internationale Klimapolitik leidet darunter, dass viele Maßnahmen voraussetzen, dass wir es mit dem ersten Situationstyp zu tun haben, während wir in Wirklichkeit mit einer Problemstruktur konfrontiert sind, die dem zweiten Situationstyp entspricht.

Man sieht dies sehr klar, wenn man auf die politischen und medialen Reaktionen achtet, die in Deutschland nach dem Scheitern der letzten Klimakonferenz in Madrid öffentlich kommuniziert wurden. Als Parole wurde ausgegeben: Jetzt erst recht! Deutschland und Europa müssen mit gutem Beispiel vorangehen, um eine globale Sogwirkung zu entfalten.[8]

Solchen Parolen liegt der Denkfehler zugrunde, wir hätten es mit dem ersten Situationstyp zu tun, während wir in Wirklichkeit mit dem zweiten Situationstyp zu kämpfen haben. Die eigentliche Schwierigkeit besteht darin, dass wir mit einem Trittbrettfahrerproblem konfrontiert sind. Dies hat zur Folge, dass mutiges Voranschreiten zur Erzeugung eines globalen öffentlichen Gutes keine Sogwirkung entfaltet, sondern allenfalls andere Staaten darin bestärkt, sich bis auf weiteres noch stärker zurückzuhalten.

Will man angesichts dieses zweiten Situationstyps die Klimapolitik als globales moralisches Anliegen voranbringen, dann muss man von unbedingter Kooperation auf bedingte Kooperation umschalten und primär daran arbeiten, den bislang zögerlichen Staaten die Anreize zum Trittbrettfahren zu nehmen.

Mein wirtschaftsethisches Fazit lautet, dass eine global wirksame Klimaschutzstrategie drei Punkte systematisch im Zusammenhang beherzigen muss:

---

[8] Vgl. statt vieler nur Claus Hecking. Sein für die Tonlage medialer Berichterstattung repräsentativer SPIEGEL-Artikel vom 15. Dezember 2019 hatte unter dem Titel „Das Desaster von Madrid“ folgende Unterschrift: „Fast nichts wurde beschlossen beim Marathongipfel in Madrid, denn Rechtspopulisten und Kohlefreunde lähmten den Klimaschutz. Nun sind die EU-Staaten gefordert, die C02-Ziele zu erreichen. Allen voran Deutschland.“ Vgl. https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimakonferenz-das-desaster-von-madrid-a-1301382.html (letzter Zugriff am 6.2.2020). Repräsentativ für die Stellungnahmen führender deutscher Politiker zum gescheiterten Madrid-Klimagipfel ist die Aussage von Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen). Er ließ verlautbaren: „Gerade weil die Ergebnisse des Klimagipfels enttäuschend sind, muss Deutschland jetzt erst Recht eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen.“ Vgl. https://www.zeit.de/news/2019-12/16/nach-klimagipfel-appelle-zu-verstaerkten-anstrengungen (letzter Zugriff am 6.2.2020).

- Alle Staaten müssen eingeladen werden, an einer global einheitlichen Bepreisung von Treibhausgasemissionen aktiv mitzuwirken, sei es in Form eines Zertifikatehandels, sei es in Form von CO_2-Abgaben.
- Dieses Angebot muss flankiert werden durch eine ökonomische Bestrafung der Trittbrettfahrer. Ein Modell hierfür stammt von dem Nobelpreisträger und Klimaökonomen William Nordhaus.[9] Er schlägt vor, einen Klimaclub zu gründen, an dessen Außengrenzen eine fehlende CO_2-Bepreisung der Importgüter nachgeholt wird. Die Idee zielt darauf ab, die Vorteilhaftigkeit des Freihandels klimapolitisch als Druckmittel einzusetzen, um Drittstaaten vom Trittbrettfahren abzuschrecken.
- Neben diese Anstrengungen für eine wirksame Verringerung der CO_2-Nachfrage muss ergänzend und mit höchster Priorität eine konsequent auf intensives Wachstum gerichtete Innovationsförderung treten, die das CO_2-Angebot fossiler Brennstoffe einer möglichst radikalen Substitutionskonkurrenz aussetzt und ordnungspolitisch dafür sorgt, dass wir als Weltgesellschaft möglichst bald in den Bereich negativer Gesamtemissionen vordringen können.

IX. Greta Thunberg und das Aufkommen von Flugscham

Greta Thunberg hat keine allzu guten Erfahrungen damit gemacht, bei ihrer zweifachen Atlantiküberquerung von Europa in die USA und zurück auf Flugreisen zu verzichten und stattdessen auf schnelle Segler – auf eine Rennyacht und einen Katamaran – zu setzen. Nach ihrer 14tägigen Hinreise musste die Crew ausgewechselt werden, so dass für diese Schiffsüberquerung insgesamt mehr Transatlantikflüge anfielen, als wäre Greta Thunberg gemeinsam mit ihrem Vater einfach selbst geflogen. Und bei ihrer Rückreise wurde sie davon überrascht, dass Preiserhöhungen im Nahverkehr in Chile der Anlass für Proteste waren, in deren Folge die Klimakonferenz nach Madrid verlegt wurde, wo Greta Thunberg dann erst mit Verspätung eintraf.

Gleichwohl hat Greta Thunberg mit ihren Segelreisen ein Zeichen gesetzt und eine öffentliche Resonanz entfaltet, die in Deutschland den Begriff „Flugscham“ (Schwedisch: „flygskam“; Englisch: „flight shame“) hat populär werden lassen. In den Fokus ökologisch motivierter Kritik sind vor allem innerdeutsche Flüge und Billigflüge ins europäische Ausland gerückt. Hierzu hat es in den Medien zahlreiche Berichte und Kommentare gegeben.[10]

Der weit überwiegenden Mehrheit dieser Beiträge war eine essentielle Information *nicht* zu entnehmen, nämlich die interessante Tatsache, dass der innereuropäische Flugverkehr bereits seit dem Jahr 2012 am Emissionshandelssystem der Europäischen Union (EU-ETS) teilnimmt. Das bedeutet: Jede zusätzliche Tonne CO_2, die durch innereuropäische Flugreisen emittiert wird, unterliegt einer Gesamtdeckelung, die dazu zwingt, dass

[9] Vgl. William Nordhaus (2015): Climate Clubs: Overcoming Free-riding in International Climate Policy, in: American Economic Review 105(4), S. 1339–1370, http://dx.doi.org/10.1257/aer.150000011339 (letzter Zugriff 6.2.2020).

[10] Vgl. hierzu statt vieler nur https://www.welt.de/wirtschaft/article204450242/Klimaschutz-Die-Flugscham-erreicht-Deutschland.html (letzter Zugriff am 6.2.2020).

an anderer Stelle in Europa die gleiche Menge CO_2 eingespart werden muss. Dieser wichtige Sachverhalt ist den meisten Menschen, die sich über Flugscham Gedanken machen, ganz offenbar nicht bekannt. Hier mangelt es an Information.

Dabei sind wir noch weit davon entfernt, den Flugverkehr klimaneutral durchzuführen. Zum einen fehlt die internationale Kooperation für den außereuropäischen Flugverkehr. Zum anderen müsste man den Flugverkehr nicht nur für seine CO_2-Emissionen bepreisen, sondern auch für darüber hinausgehende Klimaeffekte. Es wäre viel gewonnen, wenn an diesen beiden Stellen öffentlicher Druck ausgeübt würde. Das aufgeregte Einfordern von Flugscham trägt dazu jedoch sehr wenig bei. Als Moralisierung des *Konsum*verhaltens lenkt „Flugscham" von den wirklich relevanten *Politik*entscheidungen eher ab.

X. Einladung an die junge Generation: Seid „Students for Future"!

Die junge Generation, die sich unter dem Label „Fridays for Future" versammelt und so eindrucksvolle Persönlichkeiten wie Greta Thunberg oder Luisa Neubauer hervorbringt, ist sichtlich getragen von der moralischen Motivation, sich für das globale Gemeinwohl engagieren zu wollen.

Als Wirtschaftsethiker sehe ich das mit einem lachenden und einem weinenden Auge, weil ich professionell darauf trainiert bin, die normative Ambivalenz dieses Moralphänomens kritisch ins Blickfeld zu rücken.

Einerseits ist es natürlich zu begrüßen, dass so viele junge Menschen die moralische Sensibilität verspüren und die individuelle Bereitschaft aufbringen, Zeit und Mühe zu investieren, um ein wichtiges globales Gut herstellen zu helfen. Dieses Aufkommen kosmopolitischer Solidarität spricht für die Vitalkräfte unserer Gesellschaft und macht Mut für die Zukunft.

Andererseits ist zu befürchten, dass ein Großteil dieses Engagements fehlgeleitet wird und dann – je nach individueller Disposition – in Resignation, Zynismus bzw. Wut (oder gar militante Radikalisierung) münden wird, weil man von falschen Erwartungen ausgeht, die auf Dauer notwendig enttäuscht werden müssen. Ich möchte an dieser Stelle nur einen einzigen Punkt hervorheben.

Wer zu allgemeiner Panik aufruft, weil angeblich das Haus brennt und nur noch ein ganz kurzer Zeitraum übrig bleibe, um den Weltuntergang zu verhindern, der kann – hierfür haben wir historisch (nicht erst seit Savonarola, sondern bereits seit der fürchterlichen Pestepidemie des 14. Jahrhunderts und der damals aufkommenden Endzeitstimmung) mehr als genügend Anschauungsmaterial – mit dieser apokalyptischen Verkürzung des Zeithorizonts Menschen zu quasi-religiöser Inbrunst und außerordentlichem Engagement mobilisieren. Heutzutage vermögen Gefühle akuter Bedrohung und dadurch motivierte Verhaltensweisen mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Die wiederum kann hinreichen, um von den entscheidenden Akteuren in Wirtschaft und Politik Lippenbekenntnisse und sogar Demutsgesten zu erzwingen. Aber solch vordergründige Erfolge werden den tiefgreifenden Wandel, der für einen wirksamen Klimaschutz erforderlich ist, mit Sicherheit nicht herbeiführen und ihn vielleicht sogar eher behindern als befördern, weil in aufgeregten Diskursen stets die Gefahr besteht, dass die falschen Fragen in den Vordergrund

und die richtigen Fragen in den Hintergrund rücken. Da hilft es auch nicht, den Begriff „Klimahysterie“ zum Unwort des Jahres zu erklären.[11]

Um es mit einem Bild zu sagen: Die globale Klimapolitik ist kein Hundertmeterlauf, der sich mit einigem guten Willen – und unter Zuhilfenahme öffentlicher Empörung – zu einem Fünfzigmeterlauf verkürzen ließe. Vielmehr handelt es sich um einen Marathon, von dem heute noch nicht klar ist, ob die Ziellinie wirklich schon nach 42 Kilometern erreicht wird, so dass man unbedingt darauf bedacht sein sollte, dass einem nicht frühzeitig die Puste ausgeht.

Zeitperspektivisch betrachtet, ist die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft ein auf Jahrzehnte angelegtes Projekt, das weder durch moralische Appelle noch durch individuelle Verzichtsleistungen, und seien sie auch noch so gut gemeint, zum Erfolg geführt werden kann. Dies liegt daran, dass kollektives Handeln erforderlich ist, um die Energieversorgung und letztlich die Wohlstandsproduktion der gesamten Menschheit grundlegend zu transformieren. Das Klimaproblem lässt sich nicht instantan lösen, insbesondere nicht durch schnell greifende Verbote – und auch nicht allein auf deutschem Boden. Es handelt sich vielmehr um ein Problem, dessen Lösung weltumfassend und deshalb notgedrungen langfristig angelegt sein muss: Die globale Dekarbonisierung kann nur in dem Maße voranschreiten, wie es uns gelingt, die Weltwirtschaft klimapolitisch auf intensives Wachstum umzuprogrammieren, also auf die Generierung neuen Wissens und auf unternehmerische Innovationen, die dieses Wissen effektiv umsetzen. Die erforderlichen Substitutionsprozesse lassen sich weder herbeiwünschen noch herbeidekretieren – sie lassen sich allenfalls herbeiführen, und zwar durch eine kluge Indienstnahme der Funktionssysteme von Demokratie und Marktwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund ist davor zu warnen, alle Hoffnung allein darauf zu setzen, sich auf Marktplätzen zu versammeln, um von den Akteuren in Wirtschaft und Politik symbolträchtige Hauruck-Entscheidungen einzufordern. Das wird (trotz öffentlichen Beifalls) auf Dauer zu Frustration führen. Klug beraten hingegen ist, wer als junger Mensch seine Hoffnungen – und sinnstiftend die eigene Lebensplanung – auf längere Frist und zudem darauf ausrichtet, durch das Studium der Natur- oder Ingenieurswissenschaften, aber auch der Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre alles daran zu setzen, als Individuum zu einem integralen Bestandteil der kollektiven Problemlösung zu werden.

Wer seine Hoffnungen auf eine ungeduldige Außerkraftsetzung von Marktwirtschaft und Demokratie setzt, wird klimapolitisch enttäuscht werden, und zwar selbst dann, wenn es gelingen sollte, vordergründige Erfolge einzuheimsen. Klimapolitik gelingt nur auf dem Wege institutioneller Reformen: durch eine bessere Inkraftsetzung der bewährten Mechanismen von Marktwirtschaft und Demokratie.

So gelange ich als Wirtschaftsethiker zu folgendem Fazit: Ich würde die junge Generation und ihre Bewegung „Fridays for Future“ gerne als „Students for Future“ ansprechen und ihnen zurufen: Euer moralisches Engagement ist höchst willkommen! Ihr werdet gebraucht! Aber nicht als Sprinter, sondern als Marathonläufer! Die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft erfordert langen Atem und den beharrlichsten Einsatz der klügsten Köpfe! Wählt Euren Zeithorizont richtig: Nehmt Eure Schulausbildung ernst, studiert die schwierigen Fächer, und richtet Euch ein auf einen langen Marsch durch die Institutionen!

---

[11] http://www.unwortdesjahres.net/fileadmin/unwort/Pressemitteilungen/pressemitteilung_unwort2019.pdf (letzter Zugriff am 6.2.2020).

Tragt dazu bei, die Klimapolitik als globales Jahrhundertprojekt zum Erfolg werden zu lassen.

Anhang 1

Den im Text angeführten Überlegungen liegen Modell-Überlegungen zugrunde, die sich mit Hilfe von Abb. 1 leicht nachvollziehen lassen:

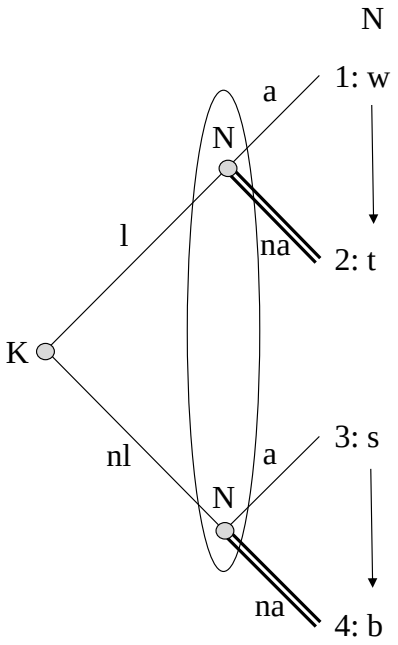


Abbildung 1: Luisa Neubauers Entscheidungssituation als dynamisches Spiel (Quelle: Eigene Darstellung)

Luisa Neubauer (N) muss sich entscheiden, ob sie das Angebot eines Aufsichtsratsmandats annehmen (a) oder nicht annehmen (na) will. Aber sie muss ihre Wahl treffen, bevor sie weiß, ob sich Joe Kaeser (K) als Vorstandsvorsitzender von Siemens dazu entschließt, den umstrittenen Auftrag zu liefern (l) oder nicht zu liefern (nl). Im Spielbaum wird diese Informationsverteilung mit Hilfe eines „information set" abgebildet.

Man liest den Spielbaum also von links nach rechts: Erst entscheidet sich Kaeser (K), und dann entscheidet sich Neubauer (N), ohne zu wissen, ob sie sich im oberen oder im unteren Teil des Spielbaums befindet.

Insgesamt gibt es vier Strategiekombinationen, die Luisa Neubauer aus ihrer individuellen Sicht wie folgt bewertet:

- Am liebsten ist es ihr, wenn Siemens nicht liefert und sie das Mandat nicht angenommen hat (Strategiekombination Nr. 4; Payoff „b"). Als Aktivistin hat sie dann für ihre Bewegung einen großen Erfolg errungen.
- Der für sie schlimmste Fall ist Strategiekombination Nr. 1; Payoff „w": Siemens liefert, und sie hat das Mandat angenommen, so dass sie einen massiven Reputationsschaden erleidet.
- Der aus ihrer Sicht zweitbeste Fall besteht darin, dass Siemens nicht liefert und sie das Mandat angenommen hat (Strategiekombination Nr. 3; Payoff „s").
- Der aus ihrer Sicht drittbeste Fall besteht darin, dass Siemens liefert und sie das Mandat nicht angenommen hat (Strategiekombination Nr. 2; Payoff „t").

Zur Erläuterung: Die ordinalen Payoffs geben aus der Perspektive von Luisa Neubauer die subjektive Wertschätzungsreihenfolge für die vier Strategiekombinationen wieder.

Hierbei steht „b“ für „best“, „s“ für „second“, „t“ für „third“ und „w“ für „worst“, so dass gilt:

$$b \succ s \succ t \succ w$$

Versetzt man sich nun in die Entscheidungssituation von Luisa Neubauer, dann sieht man sofort, dass sie sich unbedingt dafür entscheiden sollte, das Angebot eines Aufsichtsratsmandats nicht anzunehmen: Unabhängig davon, ob sie sich im oberen oder im unteren Teil des Spielbaums befindet, erhält sie mit der Wahl von „na“ eine größere Auszahlung (= einen subjektiv höheren Nutzenwert) als mit der Wahl von „a“. In der Spieltheorie nennt man dies eine „dominante Strategie“.

Das gleiche Ergebnis erhält man auch, wenn die Entscheidungssituation von Luisa Neubauer als statisches Spiel modelliert wird (Abb. 2). Beide Pfeile weisen nach unten. Das bedeutet, dass Luisa Neubauer das Angebot nicht annehmen darf, völlig unabhängig davon, wie Siemens sich entscheidet.

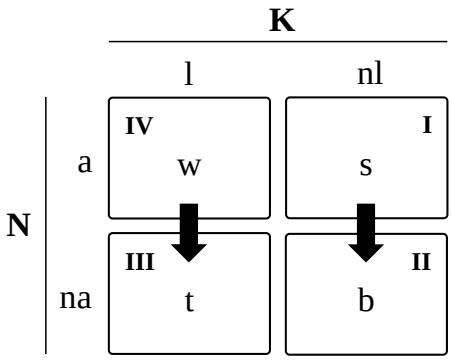


Abbildung 2: Luisa Neubauers Entscheidungssituation als statisches Spiel (Quelle: Eigene Darstellung)

Anhang 2

Die im Text angeführte Unterscheidung zwischen intensivem und extensivem Wachstum lässt sich leicht anhand von Abbildung 3 nachvollziehen.

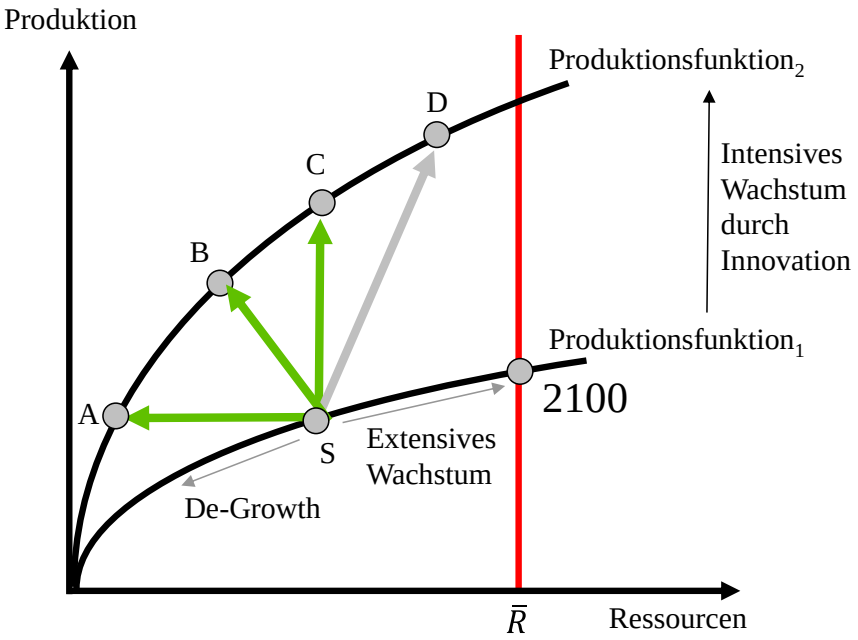


Abbildung 3: Intensives versus extensives Wachstum
(Quelle: Eigene Darstellung)

- Extensives Wachstum bedeutet, von einem Status quo (S) aus eine gegebene Produktionsfunktion nach rechts oben entlangzuwandern.
- Intensives Wachstum hingegen bedeutet, durch den innovativen Einsatz neuen Wissens die Produktionsfunktion zu wechseln.

Durch extensives Wachstum stößt man unweigerlich auf die Grenzen des Wachstums, hier symbolisiert durch eine rote Linie, deren Erreichen oder gar Überschreiten man aus ökologischer Sicht unbedingt vermeiden sollte.

Aus diesem Sachverhalt ziehen Forderungen nach Degrowth die Schlussfolgerung, dass man sich die gegebene Produktionsfunktion von S aus nach links unten bewegen sollte. In einer parlamentarischen Demokratie stößt dies unweigerlich auf Akzeptanzschwierigkeiten, weil die Bevölkerung Politiker und Parteien nicht wählt bzw. wieder abwählt, sobald diese ernst damit machen wollen, den allgemeinen Lebensstandard mutwillig absenken.

Trotzdem bleibt es natürlich richtig, die rote Linie zu vermeiden. Hierfür bietet intensives Wachstum vom Status quo (S) ausgehend mehrere Optionen an.

- Die erste Option besteht darin, Punkt A anzustreben, also einen gegebenen Output mit weniger Ressourceninput zu erzeugen.
- Die zweite Option besteht darin, Punkt C anzustreben, also mit einem gegebenen Ressourceninput mehr Output zu erzeugen.
- Die dritte Option besteht darin, eine Kombination dieser beiden Optionen vorzunehmen und beispielsweise Punkt B anzustreben.

Ferner eingezeichnet ist Punkt D. Die Bewegung von S nach D entspricht dem „Rebound-Effekt", der in der Öffentlichkeit zum Gegenstand zahlreicher Befürchtungen geworden ist, weil trotz intensiven Wachstums die Möglichkeit besteht, dass insgesamt nicht weniger, sondern mehr Ressourcen eingesetzt werden und man sich folglich der roten Linie nähert. Hier stehen gleich mehrere Missverständnisse im Raum. Sie lassen sich mit zwei Hinweisen ausräumen:

Erstens: Nicht jeder Rebound-Effekt ist unerwünscht. Vergleicht man die heutige Situation mit der Situation vor 500 Jahren, als Martin Luther und Philipp Melanchthon durch die Straßen Wittenbergs wandelten, dann konsumieren die heutigen Menschen sehr viel mehr Kleidung. Zudem waschen sie sich häufiger (und gründlicher). Der damit verbundene Zuwachs an Hygiene ist ein Fortschritt.

Zweitens: Unerwünschte Rebound-Effekte können jederzeit ordnungspolitisch korrigiert werden, so dass man die Stoßrichtung wechselt und ganz gezielt den Bereich zwischen den Punkten A und C ansteuert. Die Politik muss hierfür nur sicherstellen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Unerwünschte Rebound-Effekte sind also nicht auf ein etwaiges Marktversagen und einen damit verbundenen Wachstumsautomatismus zurückzuführen, sondern auf ein Politikversagen: auf den Umstand, dass einzelne Staaten oder die globale Staatengemeinschaft ihrer ordnungspolitischen Verantwortung bislang nicht gerecht geworden sind.

Schlussbemerkung: Forderungen nach Degrowth verwechseln Ziel und Mittel. Wachstum an sich ist kein Ziel, sondern Mittel für ein selbstbestimmtes gutes Leben. Analog ist es auch nicht sinnvoll, Negativwachstum als Ziel anzustreben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wenn die zahlreichen Individualentscheidungen zugunsten eines selbstbestimmten guten Lebens als unbeabsichtigte Nebenfolge dazu führen, dass sich das Wachstum abschwächt, dann ist das aus ökonomischer Sicht nicht beklagen, sondern zu begrüßen.[12]

[12] Vgl. hierzu neuerdings in aller Ausführlichkeit Dietrich Vollrath (2020): Fully Grown. Why a Stagnant Economy Is a Sign of Success, Chicago und London: University of Chicago Press.

Diskussionspapiere[13]

Nr. 2020-02	**Ingo Pies** Joe Kaeser, Luisa Neubauer und die Moral der Klimapolitik – Ordonomische Reflexionen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik
Nr. 2020-01	**Ingo Pies** Das Moralparadoxon der Moderne – Ordonomische Überlegungen zur modernen Ethik als Ethik der Moderne
Nr. 2019-04	**Ingo Pies, Stefan Hielscher** Fighting corruption: How binding commitments of business firms can help to activate the self-regulating forces of competitive markets
Nr. 2019-03	**Ingo Pies** Interview: Innovationen und Institutionen – Über Markt, Moral und Moderne
Nr. 2019-02	**Ingo Pies** Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft
Nr. 2019-01	**Matthias Georg Will, Ingo Pies** Developing Advocacy Strategies for Avoiding Discourse Failure through Moralizing and Emotionalizing Campaigns
Nr. 2018-08	**Ingo Pies** Donald Blacks Moralsoziologie
Nr. 2018-07	**Ingo Pies** Marktkonforme Unternehmensverantwortung – Kritische Anregungen zur CSR-Debatte
Nr. 2018-06	**Ingo Pies** Laudationes zum Max-Weber-Preis 2018 für Laura Marie Edinger-Schons und Johanna Jauernig
Nr. 2018-05	**Karl Homann, Ingo Pies** Karl Marx und die katholische Soziallehre
Nr. 2018-04	**Stefan Hielscher, Ingo Pies** Wirtschaftsethische Stellungnahme zum Oxfam-Skandal
Nr. 2018-03	**Ingo Pies** Fall Siemens: Darf ein profitabler Weltkonzern Ost-Standorte schließen? Eine wirtschaftsethische Reflexion
Nr. 2018-02	**Karl Homann, Ingo Pies** Karl Marx als Klassiker: Freiheitsphilosoph, Systemdenker, ökonomischer Autodidakt, politischer Demagoge
Nr. 2018-01	**Ingo Pies** Darf ein profitabler Weltkonzern wie Siemens Ost-Standorte schließen? Eine wirtschaftsethische Reflexion
Nr. 2017-17	**Ingo Pies** Unternehmen handeln im öffentlichen Interesse
Nr. 2017-16	**Karl Homann, Ingo Pies** Marx heute

[13] Als kostenloser Download unter http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003-2016.

Nr. 2017-15 **Gerhard Engel**
Martin Luthers Wirtschaftsethik: Aufbruch zum Europäischen Sonderweg?

Nr. 2017-14 **Ingo Pies**
Die Rehabilitierung kommunitarischer Tugendethik in der ökonomischen Theorie – eine ordonomische Argumentationsskizze

Nr. 2017-13 **Ingo Pies**
Ökonomische Bildung 2.0 – Eine ordonomische Perspektive

Nr. 2017-12 **Stefan Hielscher, Jan Winkin, Ingo Pies**
How to Improve the moral capital of CSOs? Some Ordonomic Suggestions

Nr. 2017-11 **Ulrich Blum, Ingo Pies**
Plädoyer für saubere Braunkohle

Nr. 2017-10 **Ingo Pies**
Wider die Narreteien des Augenscheins - Wie lange noch wollen wir die junge Generation mit elaborierter Halbbildung abspeisen?

Nr. 2017-09 **Ingo Pies**
Die universitäre Zukunft der Wirtschaftsethik in Deutschland

Nr. 2017-08 **Ingo Pies**
Ein ordonomischer Beitrag zum Narrativ der Moderne: Wissenschaft und Wirtschaft stellen Konkurrenz in den Dienst gesellschaftlicher Kooperation

Nr. 2017-07 **Ingo Pies**
Replik: eine interdisziplinäre Verständigung ist schwierig, aber möglich und lohnend

Nr. 2017-06 **Ingo Pies, Vladislav Valentinov**
Brauchen wir NGOs?

Nr. 2017-05 **Ingo Pies**
The Ordonomic Approach to Business Ethics

Nr. 2017-04 **Ingo Pies**
Ironie bei Schumpeter – Ein Interpretationsvorschlag zum 75. Jubiläum von ‚Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie'

Nr. 2017-03 **Ingo Pies**
Ordonomik als Methode zur Generierung von Überbietungsargumenten – Eine Illustration anhand der Flüchtlings(politik)debatte

Nr. 2017-02 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Vladislav Valentinov, Sebastian Everding**
Gesellschaftliche Lernprozesse zur Förderung der Bioökonomie – eine ordonomische Argumentationsskizze

Nr. 2017-01 **Matthias Georg Will**
Voluntary Turnover: What We Measure and What It (Really) Means

Wirtschaftsethik-Studien[14]

Nr. 2013-1 **Ingo Pies**
Chancengerechtigkeit durch Ernährungssicherung – Zur Solidaritätsfunktion der Marktwirtschaft bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers

[14] Als kostenloser Download unter http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung.

Nr. 2010-1	**Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich** Sustainability in the Petroleum Industry: Theory and Practice of Voluntary Self-Commitments
Nr. 2009-1	**Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich** Nachhaltigkeit in der Mineralölindustrie: Theorie und Praxis freiwilliger Selbst-verpflichtungen
Nr. 2007-1	**Markus Beckmann** Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
Nr. 2005-3	**Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank** Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
Nr. 2005-2	**Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen** Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
Nr. 2005-1	**Valerie Schuster** Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
Nr. 2004-1	**Johanna Brinkmann** Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

Autor:

Prof. Dr. Ingo Pies
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

ISBN 978-3-96670-032-0
ISBN 978-3-96670-033-7